



Länder wollen rezeptfreie 'Pille danach'

Länder wollen rezeptfreie "Pille danach"

Der Bundesrat spricht sich in einer heute gefassten EntschlieÙung dafür aus, insbesondere jungen Frauen die "Pille danach" leichter zugänglich zu machen. Er fordert die Bundesregierung auf, die Verschreibungspflicht von Notfallkontrazeptiva aufzuheben. Zudem fordern die Länder einen Gesetzentwurf, der sicherstellt, dass es durch die Aufhebung der Verschreibungspflicht nicht zu Verschlechterungen bei der Kostenübernahme kommt.
Zur Begründung führt der Bundesrat aus, die derzeitige Verschreibungspflicht könne dazu führen, dass insbesondere an Wochenenden zu viel Zeit verstreicht, um ungewollte Schwangerschaften zu verhindern. Das Arzneimittel sei zudem in nahezu allen europäischen Ländern inzwischen rezeptfrei erhältlich.

Bundesrat | Presse, Öffentlichkeitsarbeit, Besucherdienst
Postanschrift: 11055 Berlin
Telefon: 030 18 9100-170
Fax: 030 18 9100-198
E-Mail: newsletterredaktion@bundesrat.de
Internet: <http://www.bundesrat.de>
Twitter: www.twitter.com/BundesratDE
Verantwortlich: Camilla Linke

Pressekontakt

Bundesrat

10117 Berlin

newsletterredaktion@bundesrat.de

Firmenkontakt

Bundesrat

10117 Berlin

newsletterredaktion@bundesrat.de

Der Bundesrat ist eines der fünf ständigen Verfassungsorgane der Bundesrepublik Deutschland. Neben Bundespräsident, Bundestag, Bundesregierung und Bundesverfassungsgericht ist der Bundesrat als Vertretung der Länder das föderative Bundesorgan. Er entscheidet mit über die Politik des Bundes und bildet damit zum einen ein Gegengewicht zu den Verfassungsorganen Bundestag und Bundesregierung und er ist zum anderen ein Bindeglied zwischen Bund und Ländern.